

Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld

-öffentlich-



Vorlagennummer

2599/22 A

Krefeld, 25.01.2022

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration	25.01.2022	vorberatend

Betreff

Zu TOP 1 Einrichtung eines Drogenhilfezentrums Krefeld (DHZ) mit den 3 Bausteinen Drogenkonsumraum, erweitertes Café Pause und eigenständiges niedrigschwelliges medizinisches Angebot; hier: Lücken im Konzept – Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration beschließt:

1. Der Standort Schwertstraße 80 wird für die Einrichtung eines Drogenhilfezentrums/Drogenkonsumraums verworfen. An diesem Standort wird weiterhin die Einrichtung einer Kita (vgl. Vorl.-Nr. 6699/19 - nicht-öffentlich) geplant.
2. Die Stadtverwaltung sucht einen neuen Standort für das Diagnosezentrum und legt dem Rat und seinen Ausschüssen dazu eine Beschlussvorlage vor.
3. Das erweiterte Rahmenkonzept zur Einrichtung eines Drogenkonsumraums sowie die Beschlussvorlage 2487/21/1 - werden überarbeitet unter Berücksichtigung folgender Punkte:
 - a) Klarheit der anfallenden Kosten und deren Finanzierung, konkrete Zahlen sowie Deckungsvorschläge (fehlende Mittel im Haushalt)
 - b) Genaue Informationen über Personalausstattung (Stellenanzahl inkl. Finanzierungsbedarf)
 - c) Ausgestaltung des Konzeptes der Sicherheitspartnerschaft zwischen KOD, Polizei, und Staatsanwaltschaft
 - d) Klärung über die Leitung und damit die Ausübung des Hausrechts im Drogenhilfezentrum
 - e) Einarbeitung der Ergebnisse des Expertengesprächs vom 24.11.2021 im SAGIS

- f) Erweiterung der Sicherheitspartnerschaft um eine Sauberkeitspartnerschaft mit KBK, AöR und GSAK, um das Umfeld sauber zu halten
 - g) Frühzeitige Beteiligung der Bürgerschaft, sobald ein neuer Standort für ein Drogenhilfezentrum gefunden wurde
4. Die Verwaltung sucht einen neuen Standort für das Drogenhilfezentrum, nachdem das Konzept überarbeitet wurde nach der Maßgabe „erst das Konzept, dann den richtigen Ort für das Konzept“.

Begründung

Die von der Verwaltung eingebrachte Vorlage Nr. 2487/21/1 - lässt viele Fragen offen. Insbesondere der Entwurf des „Erweiterte[n] Rahmenkonzept[s] zur Einrichtung eines Drogenkonsumraumes im Rahmen des Suchthilfesystems der Stadt Krefeld“ gibt mehr den Inhalt der Verordnung über den Betrieb von Drogenkonsumräumen vom 26.09.2000 in der Fassung vom 01.12.2015 des Landes Nordrhein-Westfalen wieder, als an den notwendigen Stellen konkreten Bezug auf die Situation in Krefeld zu nehmen und die daraus abzuleitenden Handlungsabsichten der Stadt zu formulieren.

Die Vorlage gibt dabei dauerhafte Auswirkungen in Höhe von 897.250 Euro (konsumtiv) an und stellt dar, dass bereits 100.000 Euro im Haushaltsplan 2022 etatisiert wurden. Einen Deckungsvorschlag für die übrigen 797.250 Euro unterbreitet die Verwaltung mit vorgenannter Vorlage indes nicht.

Es fehlt ein Vorschlag bzw. ein Beschlusspunkt oder eine separate Vorlage zur Fortführung des Diagnosezentrums an einem anderen Ort und das auf dem absoluten bisherigen Höhepunkt der Coronapandemie (7-Tage-Inzidenz derzeit > 1.100 in Krefeld).

Die personellen Auswirkungen der Beschlussvorlage werden ebenso wenig dargestellt, wie mindestens ein Entwurf der in der Vorlage erwähnten angestrebten Ordnungspartnerschaft/Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt (KOD), Staatsanwaltschaft und Polizei.

Die von der Verwaltung bisher betriebene Informationspolitik ist bestenfalls als mangelhaft zu bezeichnen – insbesondere unter dem Aspekt, dass bisher kein Beschlussentwurf vorgelegt wurde, an welchem Ort die mit der Aufgabe des Standorts Schwertstraße 80 als geplantem Kita-Standort bisher erwarteten Kita-Plätze alternativ entstehen sollen. Das freiwillige Angebot eines Drogenhilfezentrums mit Drogenkonsumraum steht damit dem Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung entgegen.

Ob an allen von der Verwaltung aufgezeigten alternativen Kita-Standorten überhaupt die Möglichkeit zur Einrichtung einer Kita besteht, ist fraglich. An keinem der Standorte lässt sich so schnell eine Kita realisieren wie an der Schwertstraße.

Ob an allen von der Verwaltung aufgezeigten alternativen Kita-Standorten überhaupt die Möglichkeit zur Einrichtung einer Kita besteht, ist fraglich. An keinem der Standorte lässt sich so schnell eine Kita realisieren wie an der Schwertstraße.

gez.

Britta Oellers MdL

Sprecherin im Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration